

Wege die Ordnung und Ruhe in der Hauptstadt wieder herbeizuführen. Wir finden uns daher bewogen, den Sitz der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung von Berlin nach Brandenburg zu verlegen und haben Unser Staats-Ministerium beauftragt, die dazu nöthigen Vorkehrungen so zu treffen, daß die Sitzungen vom 27. d. M. ab in Brandenburg gehalten werden können. Bis dahin wird die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung hierdurch vertagt. Wir fordern daher die Versammlung auf, ihre Beratungen nach geschehener Verlesung Unserer gegenwärtigen Bottschaft sofort abzubrechen und zur Fortsetzung derselben am 27. d. Mts. in Brandenburg wieder zusammen zu treten.

Gegeben Sanssouci, den 8. November 1848.

gez. **Friedrich Wilhelm.**

contrs. Graf von Brandenburg.

### Bottschaft

an die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung.

Auf Anweisung des Königlichen Staats-Ministerii wird hiermit Nachfolgendes zur Kenntniß der Bewohner Berlins gebracht:

Dobgleich Seine Majestät der König mittelst Allerhöchster Bottschaft vom 8. d. M. die Verlegung der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung nach Brandenburg und deren Vertagen bis zum 27. d. M. angeordnet hat, fährt ein Theil jener Versammlung dennoch fort, hier beisammen zu bleiben und Beschlüsse zu fassen. Die Regierung Seiner Majestät befindet sich deshalb in der Nothwendigkeit, einem solchen, die Rechte der Krone beeinträchtigenden Verfahren auf das Entschiedenste entgegen zu treten und hat zu dem Ende beschlossen, da die Bürgerwehr als die zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung verpflichtete Instanz, ihre Mitwirkung bestimmt versagt hat, die hiesige Garnison so bedeutend zu vermehren, daß nicht nur die Behufs Aufrechthaltung des Königlichen Befehls wegen Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg und wegen ihrer Vertagung erforderlichen Maaßregeln durchgeführt werden können, sondern daß auch die überhaupt seit längerer Zeit im hiesigen Orte vorgekommenen Störungen der öffentlichen Ordnung und Beeinträchtigungen der Freiheit kräftig unterdrückt werden können.

Das Einrücken der Truppen, welche zur Verstärkung der Garnison bestimmt sind, wird schon heute stattfinden, und darf von dem gesetzlichen Sinne der Bürgerschaft, welche anerkennen wird, daß Gesetz und Ordnung die Hauptbedingungen der Wohlfahrt der Stadt und des Staates sind, mit Zuversicht erwartet werden, daß sie den einrückenden Truppen in keiner Weise hinderlich entgegen treten werde.

Außerdrücklich und auf das Feierlichste wird zugleich versichert, daß Seiner Majestät diese Maaßregel nur ergriffen hat, um die Erfüllung der Verheißungen, welche dem Preussischen Volke zur Befestigung seiner Freiheit und zur Erlangung einer wahrhaft volksthümlichen Verfassung gemacht sind, und welche heilig gehalten werden sollen, zu

beschleunigen, keineswegs aber, um Rechte oder Freiheiten des Volkes in irgend einer Weise zu beeinträchtigen.

Berlin den 10. November 1848.

Der Königl. Polizei-Präsident  
v. Bardeleben.

Adresse der Stadt Ratibor an des Königs Majestät.  
**Königliche Majestät!**

In einer Zeit, in welcher die in der National-Versammlung zusammengetretenen Abgeordneten der Nation mit der Regierung Eurer Majestät in Konflikt getreten sind und ein Votum ihrer Kommitteenten über die Gesetzlichkeit oder Ungesetzlichkeit ihres Verhaltens verlangen, ist es die Pflicht der Nation, ihre Ansicht offen und trennend auszusprechen. Die unterzeichneten Vertreter der Stadt Ratibor haben in ihrer offiziellen Sitzung diesen Konflikt zum Gegenstand ihrer Berathung gemacht, und es hat sich, so wie der tiefste Schmerz über diese Ereignisse, so die allgemeine Stimme dahin ausgesprochen: daß allerdings nur ein volksthümliches Ministerium und die Rücknahme der die Versammlung verlegenden und vertagenden Bottschaft die großen Gefahren zu beseitigen vermögen, welche mit der Festhaltung aller ergriffenen Maaßregeln verbunden sind. Euer Königl. Majestät werden diesen Ausdruck unserer Besorgnisse von dem richtigen Standpunkte würdigen und durch versöhnliche Maaßregeln die entstandene Kluft auszufüllen geruhen. —

Adresse der Stadt Ratibor an die National-Versammlung in Berlin.

Eine Hohe National-Versammlung hat ein Votum über die Gesetzlichkeit ihrer Schritte bei dem letzten Konflikte mit Seiner Majestät Regierung verlangt. Die unterzeichneten Vertreter der Stadt Ratibor haben in ihrer offiziellen Sitzung diesen Konflikt zum Gegenstande ihrer Berathung gemacht und sie finden sich in Folge dessen bewogen, Einer Hohen Versammlung ein Anerkennniß über Ihre würdige Haltung zuzusenden und dabei zu erklären, daß sie der Aufsicht beitreten, daß Dieselbe den Boden des Gesetzes zum Schutze unserer Freiheiten nicht verlassen hat.

Die Unterzeichneten hegen die Hoffnung, daß dieser Konflikt bei allem Festhalten an den errungenen Freiheiten durch versöhnliche Maaßregeln noch zu beseitigen möglich sein wird.